

JULIO C. GAMBINA

## VIELE UNGEWISSHEITEN

### ZUR SITUATION IN ARGENTINIEN NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2013 steht fest: Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner wird 2015 nicht erneut für das höchste Staatsamt kandidieren können. Das schwache Wahlergebnis ihrer Partei Frente para la Victoria (FPV – Front für den Sieg) und ihrer Verbündeten erlaubt ihr keine entsprechende Verfassungsänderung. Auch der extraktivistische Wirtschaftskurs wird weder vom Regierungslager noch von der bürgerlichen Opposition grundsätzlich in Frage gestellt. Gegen Inflation und Energiekrise sind ebenfalls keine schnellen Erfolge in Sicht. Die zersplitterte Linke geht leicht gestärkt aus den Wahlen hervor, ein gemeinsames antikapitalistisches Projekt ist jedoch nicht zu erkennen.

Mit den Parlamentswahlen am 27. Oktober 2013 kann Argentinien auf 30 Jahre Erfahrungen mit verfassungsgemäß an die Macht gekommenen Regierungen (1983–2013) zurückblicken. Gewählt wurden diesmal die Hälfte der Abgeordneten (127) und ein Drittel der SenatorInnen (24). Die Wahl läutete das mit Spannung erwartete Rennen um die Aufstellung der KandidatInnen für die nächste Präsidentschaftswahl ein, die in zwei Jahren stattfinden wird. Die amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner war 2011 zwar mit mehr als 54 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden, kann sich aber erst nach Beendigung der kommenden Amtsperiode (2015–2019) wieder zur Wahl stellen. Die argentinische Verfassung untersagt eine erneute Kandidatur nach zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten.

Bei den aktuellen Wahlen ging es nicht nur um die Neuverteilung eines Teils der Sitze im nationalen Parlament, sondern auch um die Neubesetzung der Provinz- und Gemeindeparla-

mente. Die verschiedenen politischen Lager sind seitdem dabei, neue Koalitionen zu schmieden und Themen abzustecken, um für das Management des Kapitalismus in Argentinien auch in der nächsten Regierungsperiode gewappnet zu sein.

#### WAHLERGEBNISSE

An den Wahlen zum Abgeordnetenhaus durften 30.635.465 Personen teilnehmen. Den offiziellen Angaben<sup>1</sup> zufolge gab es 22.590.227 gültige Stimmen (das entspricht 95,55 Prozent aller abgegebenen Stimmen). 723.498 Personen (3,06 Prozent der WählerInnen) haben einen leeren Stimmzettel abgegeben, 309.093 (1,31 Prozent) der abgegebenen Stimmen gelten als ungültig, bei 18.298 (0,08 Prozent) der Stimmzettel wurde eine Überprüfung angeordnet. Es wurden fast sieben Millionen Stimmenthaltungen gezählt (das entspricht etwa 23 Prozent aller Wahlberechtigten), die Wahlbeteiligung war also überdurchschnittlich.

#### Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus

Politische Gruppierungen	Stimmen 2013	Anteil in %	voraussichtl. Anzahl der Sitze
FRENTE PARA LA VICTORIA Y ALIADOS – Front für den Sieg und Verbündete	7.487.839	33,15	132
UCR, PARTIDO SOCIALISTA Y ALIADOS – Radikale Bürgerunion, Sozialistische Partei und Verbündete	4.829.679	21,38	54
FRENTE RENOVADOR Y ALIADOS – Erneuerungsfrent und Verbündete	3.847.716	17,03	19
EL PRO Y ALIADOS – Republikanische Antwort und Verbündete	2.033.459	9,00	18
UNEN – Allianz UNEN	581.096	2,57	7
FIT Y ALIADOS – Front der Linken und Arbeiter sowie Verbündete	1.154.657	5,11	3
UNIÓN POR CÓRDOBA – Einheit für Cordoba	515.848	2,28	3
UNIDOS POR LA LIBERTAD Y EL TRABAJO – Gemeinsam für Freiheit und Arbeit	469.336	2,08	3
MPN – Volksbewegung Neuquén	132.217	0,59	3
OTROS – Sonstige	1.538.380	6,81	15

Die Situation im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, stellt sich ähnlich dar. Daraus ergibt sich folgendes politisches Gesamtbild:

1. Das Regierungskoalition (Frente para la Victoria y Aliados) bleibt die deutlich stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus mit 132 Sitzen. Für die einfache Mehrheit sind 129 Sitze erforderlich. Auch kann sie auf die Unterstützung anderer politischer Bündnisse zählen, wie zum Beispiel der Volksbewegung Neuquén. In den Gruppierungen, die dem Regierungslager nahestehen, finden sich zudem mehrere mögliche Präsidentschaftskandidaten, darunter der jetzige Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, der Gouverneur der Provinz Chaco, Jorge Capitanich, und der Gouverneur der Provinz Entre Ríos, Sergio Urribarri. Alle drei spielen in der peronistischen Gerechtigkeitspartei (Partido Justicialista) eine wichtige Rolle. In den nächsten zwei Jahren können sich natürlich auch noch andere Optionen innerhalb des peronistischen Lagers herausbilden.

2. Die wichtigste Oppositionsgruppe innerhalb des Systems ist ebenfalls aus dem Peronismus hervorgegangen. Sie setzt sich aus Abspaltungen der Regierungspartei zusammen und hat ihre Wurzeln im historischen, nicht-kircheneristischen Peronismus. Besonders hervorzuheben sind die Frente Renovador (Erneuerungsfrente) unter der Führung von Sergio Massa und die Unión por Córdoba. Sie hat auch das Potenzial, sich mit anderen Gruppierungen zusammenzuschließen. Infrage kommt hierfür das Bündnis El PRO y Aliados unter der Führung von Mauricio Macri. Der Einstieg des rechten Bürgermeisters von Buenos Aires in die Politik erfolgte mithilfe des peronistischen Expräsidenten Carlos Menem (1989–1999). Ein weiterer möglicher Partner ist eine Minderheitsfraktion innerhalb der UNEN, einem Wahlbündnis in der Hauptstadt.

Die wichtigsten möglichen Präsidentschaftskandidaten aus diesem Lager sind Sergio Massa, der ehemalige Kabinettschef der ersten Regierung von Cristina Fernández de Kirchner, und Mauricio Macri. Beide könnten in Zukunft eine Allianz eingehen, auch wenn sie zum jetzigen Zeitpunkt lieber einzeln auftreten. Sie repräsentieren das Lager rechts von der gegenwärtigen Regierung. Sie kritisieren die bolivarianische Allianz ALBA, vor allem die enge Zusammenarbeit mit Venezuela, Bolivien und Ecuador, und weitere Zusammenschlüsse innerhalb der lateinamerikanischen Region. Stattdessen sprechen sie sich für eine erneute Annäherung an die USA aus.

3. Die andere systemkonforme Opposition, die linksliberale Allianz von Radikalen und Sozialisten (Unión Cívica Radical/UCR, Partido Socialista y Aliados), könnte sich mit der Mehrheit der UNEN und anderen Gruppierungen in den Provinzen und Gemeinden zusammenschließen. Julio Cobos aus der Provinz Mendoza ist der wahrscheinlichste Kandidat dieses Lagers für die Präsidentschaftswahl 2015. Er war ursprünglich in der UCR (der Regierungspartei unter Raúl Alfonsín [1983–1989] und später unter Fernando de la Rúa [1999–2001]). Cobos war 2007 bis 2011 Vizepräsident von Kirchner. Auch Hermes Binner, Anführer der Sozialisten und Gouverneur der Provinz Santa Fe (2007–2011), strebt eine Kandidatur an. Bei den Wahlen im Jahr 2011 erreichte er mit 40 Prozentpunkten Rückstand den zweiten Platz hinter Kirchner. Es gibt noch weitere mögliche BewerberInnen für das Präsidentenamt in diesem politischen Spektrum, die im Vorfeld der nächsten Wahlen sicherlich in Erscheinung treten werden. Sie gehören den demokratischen Liberalen und auch den Sozialdemokraten an.

4. Die Opposition «gegen das System», der Zusammenschluss der Trotzlisten mit anderen linken Kräften (FIT y Aliados), vertritt antikapitalistische und prosozialistische Positionen. In diesem Umfeld ist auch die neue Linke angesiedelt, die in einigen Provinzen KandidatInnen aufgestellt hat, die bei den Wahlen unterschiedlich abschnitten, von denen es jedoch keine/r ins Bundesparlament schaffte. Sie ist auch in den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und Studentenverbänden präsent und steht in enger Verbindung mit den Abgeordneten Víctor De Gennaro und Claudio Lozano, langjährige Vorkämpfer und Organisatoren des seit Beginn der 1990er Jahre bestehenden Gewerkschaftsdachverbandes Central de Trabajadores de la Argentina (CTA). Es handelt sich um politische Gruppierungen, die seit der Krise im Jahr 2001 insbesondere in der Provinz und Stadt Buenos Aires sowie in Santa Fe aktiv sind. Zusammen erzielten sie 1,5 Millionen Stimmen – die Trotzlisten stellen drei Abgeordnete im Parlament. Diese Gruppierungen könnten sich mit anderen Blöcken zusammenschließen, um gemeinsam für Gesetze abzustimmen und als VertreterInnen der sozialen Protestbewegungen aufzutreten. Auch könnten sie versuchen, für die Wahlen 2015 Allianzen einzugehen. Als wichtigste Führungspersonen sind Jorge Altamira von der Arbeiterpartei (Partido Obrero) und Víctor De Gennaro, der Mitbegründer der CTA, zu nennen.

Noch ganz offen ist, wie sich Fernando Pino Solanas, der neue Senator der Stadt Buenos Aires, positionieren wird. Er wurde für die UNEN aufgestellt und hat langjährige Verbindungen zur CTA. Seine Haltung gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem und der Entwicklung des Landes war in der Vergangenheit durchaus kritisch. Wiederholt hat er sich insbesondere gegen das Abkommen der staatlichen Erdölgesellschaft Yacimientos Petrolíferos Fiscales (YPF) mit Chevron zur Förderung «nichtkonventioneller» Brennstoffe mithilfe des Fracking-Verfahrens ausgesprochen. Wenn Solanas seine Positionen aufrechterhält und weiterhin für eine Verteidigung des Gemeinwohls und der nationalen Souveränität eintritt, könnte er sich der parlamentarischen Linken und insbesondere den Organisationen der Aktivisten für Soziales und Umwelt, die den Aufbau von politischen Alternativen anstreben, annähern.

## **DIE ERGEBNISSE DER LANDESWEITEN WAHLEN IN DEN WICHTIGSTEN WAHLBEZIRKEN**

Wichtig sind die Ergebnisse in den Provinzen und Gemeinden, denn die Regierungspartei, Kirchners Front für den Sieg, ist die dominante politische Kraft geblieben und verfügt nach wie vor über eine ausreichende Mehrheit, um Gesetze im Kongress durchzusetzen. Sie ist dafür nicht auf andere politische Kräfte im nationalen Parlament angewiesen. In der Provinz und den Städten Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe und Mendoza gab es allerdings herbe Rückschläge. In 14 Wahlbezirken kam die Frente para la Victoria lediglich auf den zweiten, dritten und vierten Rang, nur in neun Provinzen lag sie auf dem ersten Platz. In den kommenden Jahren werden bundespolitische Fragen, vor allem im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode (2015–2019), ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Das Regierungslager und die systemimmanenten Oppositionsgruppen bündeln gerade ihre Kräfte und bereiten sich darauf vor, ihre jeweiligen PräsidentschaftskandidatInnen ins Rennen zu schicken. Auch der Opposition geht es lediglich darum, den Kapitalismus in Argentinien möglichst gut zu verwalten. Weder während des zurückliegenden Wahlkampfes

noch in den ersten Bilanzierungen der Wahlergebnisse vom Oktober war die Rede von der Notwendigkeit eines grundlegenden Richtungswechsels in Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht lediglich um geringfügige Kurskorrekturen und um die Behebung gewisser Schwächen bei der «erfolgreichen Integration» des Landes in das System eines globalisierten Kapitalismus in Zeiten der Krise.

### **DER KIRCHNERISMO – BILANZ UND AUSBLICK**

Cristina Fernández de Kirchner ist noch zwei Jahre im Amt, was mit zahlreichen Ungewissheiten, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik verbunden ist. Man könnte ihre gegenwärtige Regierungszeit als Teil einer Epoche betrachten, die mit Néstor Kirchner (2003–2007) begonnen hat und auf den zwei weitere Amtsperioden seiner Frau und Witwe folgten.

Um eine Bilanz dieses Jahrzehnts zu ziehen, sollte man sich die Ziele von Néstor Kirchner in Erinnerung rufen. In seiner Rede zum Amtsantritt vor zehn Jahren, am 25. Mai 2003, hatte er sich für den «Wiederaufbau des nationalen Kapitalismus» ausgesprochen. Über den nationalen Charakter lässt sich streiten, zumal die Bourgeoisie nicht national, also antiimperialistisch eingestellt ist. Aber es lässt sich nicht leugnen, dass der argentinische Kapitalismus über eine Kapitalaufwertung wirtschaftliche Probleme bewältigt hat. Seit Ende der Rezession (1998–2002) war ein durchschnittliches Wachstum von acht Prozent (2003–2011) zu verzeichnen – mit Ausnahme des Jahres 2009. Seit 2010 ist der Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch unbeständig und wird von sozialen Spannungen begleitet, die man versucht, mit einer umfassenden Sozialpolitik zu entschärfen. Diese wird wie in vielen Ländern Lateinamerikas durch Steuereinnahmen aus dem Export von Primärgütern finanziert. Fast vier Millionen Minderjährige erhalten Zahlungen aus dem Programm «Universelle Zuteilung für Kinder». Es verfügt zwar über umfangreiche Mittel, greift aber nicht «universell», sondern ist an Bedürftigkeit und Nachweis des Schulbesuchs gebunden. Außerdem bekommen noch zwei Millionen RentnerInnen, die keinen offiziellen Pensionsanspruch erworben haben, staatliche Unterstützung. 73 Prozent der etwa sechs Millionen anspruchsberechtigten RentnerInnen erhalten gerade mal eine Mindestsumme, mit der nur die Hälfte des Grundbedarfs gedeckt werden kann.

In den letzten zehn Jahren der wirtschaftlichen Erholung haben die transnationalen Unternehmen am meisten verdient, und zwar nicht nur im Bereich der Sojaproduktion oder im Bergbau, sondern auch in der Autofabrikation und im Bankensektor. Die obersten Plätze im Rentabilitätsranking – bezogen auf die letzten drei Jahre (2010–2012) – nehmen transnationale Unternehmen ein. Die einflussreichsten Wirtschaftskonzerne und -sektoren Argentiniens streiten sich um die Einnahmen, die über Preissteigerungen auf Kosten der Gesellschaft erwirtschaftet wurden. Seit 2007 steigt die Inflation in einer besorgniserregenden Geschwindigkeit um bis zu etwa 25 Prozent pro Jahr. Dieses Problem führt zu sozialer Unzufriedenheit und ist nach Ansicht verschiedener Beobachter ein Grund dafür, warum die hohe Unterstützung des Regierungslagers von 54 Prozent im Jahr 2011 auf 33 Prozent in diesem Jahr gesunken ist.

In den Jahren 2003 bis 2007 hat die Wirtschaftspolitik die Nachfrage nach unternehmerischen Gewinnen befriedigen, Arbeitsplätze schaffen und das relative Einkommen der ArbeiterInnen verbessern können. Statistisch lässt sich eine Verminderung der Arbeitslosigkeit von 21,5 Prozent Mitte

des Jahres 2002, also nach der großen Krise von 2001, auf 7 Prozent im Jahr 2013 nachweisen. Der Anteil der unterhalb der (Einkommens-)Armutslinie Lebenden ist von 57 Prozent im Jahr 2002 auf ein Drittel gefallen. Die Lohnverhandlungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte wurden wieder aufgenommen, allerdings ist der Anteil der informellen Arbeitsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung lediglich von 48 Prozent (2002) auf heute 34 Prozent gesunken. Dieser informelle Arbeitsmarkt war in der argentinischen Geschichte bisher unbekannt.

Die gesellschaftliche Zustimmung zum Kirchnerismus basiert auf der aus Sicht von großen Teilen der Unternehmer und Arbeiterschaft erfolgreich verlaufenen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Sie wird in der gegenwärtigen Lage voraussichtlich schwinden. Es gibt als Problem nicht nur die Inflation, sondern weitere ernsthafte wirtschaftliche Herausforderungen wie zum Beispiel die Energiekrise. Die Regierung Kirchners ordnete 2012 die Teileignung von Repsol an, um damit auch YPF – das größte Erdölunternehmen des Landes, das 35 Prozent der Erdölproduktion des Landes verwaltet – zu verstaatlichen. Über YPF sollte das Treibstoffdefizit, das sich auf 13 Milliarden US-Dollar jährlich für Importe belief, ausgeglichen werden. Es wurden Verhandlungen mit dem transnationalen Unternehmen Chevron, einem der großen Ölkonzerne auf dem Weltmarkt, aufgenommen, um die Produktion von «nichtkonventionellen» Brennstoffen sicherzustellen. Dies ist auch für Chevron nicht ganz einfach. Zum einen haben die UreinwohnerInnen Ecuadors das Unternehmen auf 19 Milliarden US-Dollar Entschädigung verklagt, zudem regt sich vielerorts Widerstand gegen die Produktion von Brennstoffen mit dem zerstörerischen Verfahren des Fracking. Es haben sich in Argentinien bereits etwa 20 lokale Gemeinden, an deren Standorten dieses Verfahren zur Anwendung kommen soll, eindeutig dagegen ausgesprochen.

Wenn über Inflation oder Energiekrise diskutiert wird, geht es doch im Kern um das grundlegende Produktions- und Entwicklungsmodell des Landes. Die am Ende der Krise 2001 eingeführten Reformen sind offenbar an ihre Grenzen gestoßen, und man diskutiert jetzt vor allem darüber, wer den Kapitalismus in Argentinien am besten verwalten kann. Brennende Fragen zum Beispiel hinsichtlich der Zukunft des Sojaanbaus – der Verkauf von genmanipulierten Sojabohnen macht seit den 1990er Jahren etwa die Hälfte der Exporteinnahmen durch Primärgüter aus – bleiben jedoch von den KandidatInnen des Regierungslagers wie der systemimmanenten Opposition ausgeklammert. Sie beschäftigen sich ebenso wenig mit den steigenden Auslandsinvestitionen in den Großbergbau (vornehmlich Gold und Kupfer), der eine räuberische Ausbeutung der Gemeingüter darstellt, oder mit der Dynamik der Automobilindustrie ist, die zunehmend auf ausländisches Kapital und umfangreiche Importe von Autoteilen angewiesen ist, was wiederum für einen beträchtlichen Anteil des Devisendefizits in Argentinien verantwortlich ist.

Die Entwicklung des Wechselkurses Peso/US-Dollar ist der Schlüssel, um die soziale Unzufriedenheit im Land besser zu verstehen. Es existieren zwei Wechselkurse: ein offizieller, der bei etwa sechs Pesos pro Dollar liegt, und ein illegaler Parallelkurs, der bei zehn Pesos angesiedelt ist. Die zwei Kurse entstanden, als die Regierung für die Begleichung der Staatsschuld und für Importe dringend Devisen benötigte. Der US-Dollar ist auch für Wirtschaftsunternehmen von großer Bedeutung, die die allgemeine Rentabilität ihrer Produkte verbessern wollen und dafür auf Exporte zurückgrei-

fen, ebenso wie als Alternative für SparerInnen, die wegen des fehlenden Vertrauens in die eigene Währung und in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ihr Vermögen lieber in US-Dollars anlegen. Als die jetzige Regierung 2011 mit 54 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, beschloss sie unterschiedliche Maßnahmen, unter anderem strenge Devisenrestriktionen, Importregulierungen, eine Einschränkung des Devisenerwerbs, die Begrenzung von Geldtransfers ins Ausland und die Erhöhung von Steuern für den Einsatz von Kreditkarten im Ausland – von Letzterem ist insbesondere der Tourismus betroffen. In diesem Zusammenhang wurde eine «Nachbesserung» angekündigt, durchgeführt wurde sie jedoch nie.

Im Wesentlichen war geplant, eine Verringerung der staatlichen Ausgaben über eine Einschränkung der öffentlichen Subventionen, etwa von Strom, Wasser, Gas oder öffentlichem Nahverkehr, zu erreichen. Es bleibt offen, wie, in welchem Umfang und wann die vor zwei Jahren angekündigte Wirtschaftspolitik von der Regierung, die jetzt eigentlich nur noch von einem Drittel der WählerInnen unterstützt wird, wieder in Angriff genommen wird. Der rasante Preisanstieg trägt auch zu verstärkten sozialen Konflikten bei. So hatten die Gewerkschaftsdachverbände CTA und CGT (Confederación General del Trabajo), die imstande sind, Massen zu mobilisieren und ihre Interessen angemessen zu vertreten, für den 20. November 2013 zu einem Generalstreik aufgerufen. Es überrascht nicht, dass die Unternehmerverbände die Forderung großer Teile der Bevölkerung nach Einkommensverbesserungen ablehnen und sich bei den Ende dieses Jahres beginnenden Lohnverhandlungen gegen Erhöhungen aussprechen werden.

Die Reise der ArgentinierInnen ins Ausland können zu einem Devisenabfluss von mehr als zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr führen und die Kosten für Treibstoffimporte sich auf bis zu 13 Milliarden US-Dollar belaufen. Die argentinische Regierung hat sich aber vorgenommen, die noch ausstehenden Auslandsschulden des Landes zu begleichen. Nach Angaben der Präsidentin wurden in den letzten zehn Jahren mehr als 173 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden getilgt, unter Einsatz von internationalen, von der argentinischen Zentralbank verwalteten Währungsreserven. Dieser enorm hohe Betrag belastet den Staatshaushalt enorm. Von den internationalen Währungsreserven, die Ende 2011 mit 52 Milliarden US-Dollar ihren Höchststand erreicht hatten, sind jetzt gerade einmal noch etwas mehr als 34 Milliarden übrig. Die Situation verschlimmert sich noch dadurch, dass die Regierung in diesen Tagen die Urteile des Schiedsgerichts der Weltbank ICSID (Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten) anerkannt hat, wonach das Land über 670 Millionen US-Dollar an Entschädigungen an ausländische Konzerne zahlen muss. Argentinien ist das Land, das seit seinem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik (2002) am häufigsten beim ICSID verklagt worden ist.

Außerdem sind Investoren in den USA vor Gericht gezogen und fordern von der argentinischen Regierung 12 Milliarden US-Dollar zurück, die zur Umschuldung 2005 und 2010 vorgesehen waren. Hinzu kommen Forderungen in Höhe von mehr als 9 Milliarden US-Dollar, die der Pariser Club geltend machen könnte. Die Situation ist äußerst alarmierend. Der Peso wird wahrscheinlich weiter abgewertet werden, um ein Abdriften des «parallelen» oder illegalen Dollarkurses zu verhindern. Die Restriktionen im Devisenhandel, die Einfuhrbeschränkungen und die Strafverfolgung des illegalen Devisenverkehrs werden auf jedem Fall verschärft werden.

## **BILANZ VON DREI JAHRZEHNEN VERFASSUNGSMÄSSIGER REGIERUNGEN**

Das erste Jahrzehnt nach Ende der Militärdiktatur war geprägt von der Hoffnung auf die 1983 verabschiedete demokratische Verfassung und deren Einhaltung. In den Jahren 1987/88 begann die Institutionalisierung eines «regressiven» argentinischen Kapitalismus. Die 1985 gegen die Repräsentanten der Militärjunta erlassenen Urteile waren folgenreich: Sie ermöglichten der Gesellschaft, für die Einhaltung der Menschenrechte zu kämpfen.

Das zweite Jahrzehnt begann mit einer wirtschaftlichen Öffnung, einer prekären Eingliederung in den internationalen Weltmarkt, Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt, Privatisierungen von staatlichen Betrieben, der Ausweitung des Sojaanbaus sowie des Großbergbaus und endete mit der Krise von 1999, die bis 2003 anhielt. In dieser Phase unter der Präsidentschaft von Eduardo Duhalde (2002/03) ging es darum, «die Ordnung wiederherzustellen», die der Volksaufstand vom Dezember 2001 erschüttert hatte. Man kehrte mit aller Macht zur Normalität des Kapitalismus zurück.

Das dritte Jahrzehnt begann mit dem Vorschlag von Néstor Kirchner, «den nationalen Kapitalismus wiederherzustellen», und endete, ohne dass der Einfluss des ausländischen Kapitals, die Macht der transnationalen Unternehmen etwa im Bereich der Biotechnologie oder die Dominanz der Sojamonokulturen und der exportorientierten Produktion verringert worden wäre. Außerdem war das Jahrzehnt gekennzeichnet durch den Großbergbau, die Macht der transnationalen Banken, die Automobilindustrie, die Hypothek einer steigenden Staatsverschuldung, die Auflagen des IWF und der Weltbank sowie die Übereinkommen mit dem ICSID und dem Pariser Club.

In den drei Jahrzehnten war eine Koalition aus Parteien und Gruppierungen an der Macht, an deren Spitze weiterhin die Peronisten und die Unión Cívica Radical (UCR) stehen, die – auch das ein Ausdruck der politischen Krise – ohne klares Profil auf Stimmenfang gehen. Dies wäre der passende Moment für die Linke, eine politische Alternative anzubieten. Den ständigen Angriffen des Kapitals auf die Arbeiterschaft und die Natur müssen Grenzen gesetzt werden, damit eine neue Art sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Organisation für die Befreiung der argentinischen Gesellschaft entstehen kann.

Julio C. Gambina promovierte am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universidad Nacional von Buenos Aires (UBA). Er ist Professor für Wirtschaftspolitik an der juristischen Fakultät der Universidad Nacional von Rosario und Vorsitzender der Fundación de Investigaciones Sociales y Políticas (Stiftung für Sozial- und Politikforschung).  
Übersetzung: Barbara Schlüter

<sup>1</sup> Die Angaben stammen vom Innen- und Verkehrsministerium (vgl. <http://www.mininterior.gov.ar>). Genauere Angaben auf der Grundlage von 97,34 Prozent der ausgezählten Stimmen finden sich unter: <http://www.resultados.gob.ar/resultados/99/DDN999999.htm>.

---

## **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V.i.S.d.P.: Martin Beck  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: November 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling